

INITIATIVE BAHNLÄRM OST LÜNEBURG

21337 Lüneburg, 01.08.2017
Kurt-Schumacher-Str.30
Tel. 0171 5201858
E-Mail: kontakt@ibo-lueneburg.de

An den

Herrn Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
des Landes Niedersachsen
Olaf Lies

Friedrichswall 1

30159 HANNOVER

Betr.: Abschlußdokument des Dialogforum Schiene Nord
Bundesschienenwegeausbaugesetz 2016
Bundesverkehrswegeplan 2030 Projekt 2-003-V03
ABS/NBS Hamburg/Hannover

Bez.: Anlage: unser Arbeitspapier

Sehr geehrter Herr Minister !

Die Entwicklung der Planung des Schienenverkehrs von/nach Hamburg erfüllt die Bevölkerung im Landkreis Lüneburg mit großer Sorge:

Das Abschlussdokument des Dialogforum Schiene Nord (DSN) wurde im November 2015 von einer großen Mehrheit der Teilnehmer unterschrieben. Hansestadt und Landkreis Lüneburg gehörten aus bekannten Gründen nicht dazu, ebenfalls nicht Hamburg und Bremen. Das Abschlussdokument stellt eine (einseitige) Vereinbarung einer Mehrheit zum Nachteil einer Minderheit dar, und zwar ohne deren Zustimmung.

Dazu fasste der niedersächsische Landtag einstimmig einen Entschließungsantrag, adressiert an Bundestag beziehungsweise Bundesregierung mit der Bitte um Aufnahme des Alpha E in den Bundesverkehrswegeplan. Diesen Kotau gegenüber dem DSN kann man einfach nur peinlich nennen, und besonders die Oppositionsparteien sind ihrer Rolle nicht gerecht geworden. (Aber gerade wir Deutsche verfügen ja über reichliche Erfahrungen mit einstimmigen Mehrheitsbeschlüssen und anderen kollektiven Fehlentscheidungen).

Grundlage des Bundesverkehrswegeplans 2030 (Beschluss des Bundeskabinetts vom 03.08.2016) und des Bundesschienenwegeausbaugesetzes vom 23.12.2016 für den Seehafenhinterlandverkehr ist eben dieses Abschlußdokument. Sie hatten dazu bei der Präsentation u.a. erklärt, daß daran nichts verändert werden dürfe usw. Die Entwicklung hat Sie bedauerlicherweise rasch eingeholt:

Die Tinte der Unterschriften der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer des DSN unter das Dokument war gerade getrocknet, und ein großer Teil der Lüneburger Bevölkerung hatte gerade nolens – volens damit begonnen, sich mit dem Alpha E – ausschließlich vor dem Hintergrund des als Bedingung bezeichneten Vollschutzes gegen Bahnlärm (von dem wir inzwischen wissen, dass es ihn mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht geben wird) – zu arrangieren, da wurde während der parlamentarischen Sommerpause 2016 das oben genannte Projekt des BMVI veröffentlicht (PRINS). Es kontarkariert weitgehend das bisherige Alpha E in seiner Planung für den Seehafen Hinterlandverkehr Hamburgs. Die Reaktion der Bevölkerung reicht von blankem Entsetzen über ungläubiges Staunen bis zu schallendem Hohngelächter.

Das 2-003-V03 mit seinen Umfahrungen von Städten und Gemeinden zwischen Ashausen und Unterlüß wird von der Lüneburger Bevölkerung als Affront angesehen: Alle Gleise nach Lüneburg ! Abgesehen von den technischen Schwierigkeiten, damit 11 Minuten Zeitgewinn für den

schnellen Schienenpersonenfernverkehr zu erzielen, ist dieser Plan zugleich eine Konzession an den Projektbeirat des DSN, um demonstrativen Widerstand von dieser Seite zu minimieren. So verständlich diese Absicht auch ist, verkennt er doch die primäre Intention des Landkreises Harburg und des Heidekreises, sich mittels des DSN vom zunehmenden Schienengüterverkehr freizuhalten (persönliche Mitteilung). Und das ist ihnen ja auch bravourös gelungen.

So schlimm dieser Vorgang für sich allein schon ist, wird diese Machart durch Sie auch noch sanktioniert, und sie bürdet der Region Lüneburg den größten Teil des Schienengüterverkehrs von/nach Hamburg auf. Dies wird von der hiesigen Bevölkerung als in höchstem Maße ungerecht empfunden und führt in zunehmendem Umfang zu Frustration, Fatalismus und Politikverdrossenheit. Welche Empfehlung können wir den Wählern/-innen für die bevorstehende Bundestagswahl/Landtagswahl noch geben?

Die Aufnahme des 2-003-V03 in den BVWP markiert in der Entwicklung einen Wendepunkt insofern, als die vom DSN formulierten Bedingungen für den Konsens mit der Region gar nicht berücksichtigt wurden und lediglich der gesetzliche Standard zur Grundlage für die Lärmvorsorge gemacht wurde. Bei Erfüllung der Bedingungen der Region mit Vollschutz gegen Bahnlärm würde der Nutzen-Kosten-Index nämlich auf deutlich unter 1 sinken, und das Projekt müßte damit das Auswahlverfahren verlassen. Der Konflikt zwischen dem 2-003-V03 und den Bedingungen des DSN ist eigentlich nicht zu lösen, es sei denn, dass die Bundesregierung die Erfüllung der Bedingungen der Region aus einem anderen Fonds finanziert. Andernfalls bedeutete dies für das Stadtgebiet Lüneburg, dass der Status Quo auch für den Fall der Realisierung des Alpha E gilt, weil im größten Teil des Stadtgebietes bereits drei Durchfahrtgleise liegen und Lüneburg entsprechend der geltenden Rechtslage damit von weiteren Schallschutzmaßnahmen ausgeschlossen wäre. Dies allein wäre natürlich schon ein Unding. Zu „toppen“ wäre dies nur noch in dem Fall, dass der Plan „Ausbau Bestand“ mit vier Gleisen durch Lüneburg hindurch zur Anwendung käme.

Sehr geehrter Herr Minister Lies, wir bedauern zutiefst, dass Sie mit Ihrem entschlossenen Eintreten für das Alpha E auch in der sogen. optimierten Form einseitig den Landkreis Harburg und den Heidekreis

bevorzugt und den Landkreis Lüneburg benachteiligt haben und dies auch fortgesetzt tun. Wir fühlen uns von Ihnen „verraten und verkauft“. Mit dem Projektbeirat machen Sie gemeinsame Sache, indem sie z.B. hinter unserem Rücken bei Herrn Erlemann intervenieren, um eine Neubaustrecken Hamburg – Hannover zu verhindern, selbstverständlich zum Nachteil unserer Region. Sie gehen dabei den Weg des geringsten Widerstands (s.u.), blenden Sachargumente aus und machen sich zum Sprachrohr des Projektbeirates. Dies alles bleibt in Lüneburg nicht unbemerkt und erzielt eine nachhaltige Wirkung. Wir fordern Sie daher auf, Ihre distanzlose Nähe zum Projektbeirat kritisch zu hinterfragen und zu korrigieren.

Auch können wir uns nicht des Eindrucks erwehren, als sei die Entwicklung zumindest teilweise zurückzuführen auf bisher mangelndem Widerstand der niedersächsischen Landesregierung und dem aus dem Landkreis Lüneburg gegen das „Optimierte Alpha E + Bremen“ nach dem Motto: Wer nicht handelt, der wird eben behandelt. Als Realisten haben wir deshalb beschlossen, ab jetzt zu handeln: Wir kündigen Ihnen hiermit unseren energischen und öffentlichkeitswirksamen Widerstand an für den Fall, daß das 2-003-V03 unverändert unter einer neuen Bundesregierung bestehen bleibt als Grundlage für einen Planungsauftrag an die Deutsche Bahn.

Hoffnung allein bietet der Text des derzeit geltenden Bundesschienenwegeausbaugesetzes, welcher im Gegensatz zum 2-003-V03 eben auch den Neubau einer Bahnlinie Hamburg- Hannover ermöglicht. Eine solche Trasse fordern wir mit Nachdruck und zwar in enger Anlehnung an die BAB 7. Wir halten sie für die wirtschaftlichste, vernünftigste und verträglichste aller Varianten, die auch den Anforderungen des Bahnverkehrs nach 2030 genügen wird.

Für eine Stellungnahme Ihrerseits wären wir sehr dankbar.
Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helmut Müller